



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 218 31-33  
Fernschreiber 039 890

P/X/69 - 24.3.1955

Hinweise  
auf den Inhalt:

|                                      |      |
|--------------------------------------|------|
| Zum Parteitag der FDP                | S. 1 |
| Die Entscheidung im Rat der Republik | S. 3 |
| Die Kontroverse Högner - Schüller    | S. 5 |
| Diskussion mit dem Oppositionsführer | S. 6 |

## Ordnung durch Oldenburg?

PR- Am Donnerstag setzte sich eine kleine Kavalkade von Journalisten aus Bonn nach Oldenburg in Bewegung. Gewiss kein vielversprechender Wechsel, wenn nicht in der Stadt im Nordwesten der diesjährige Parteitag der FDP stattfände. Dieser Anlass hat dem berufsmäßigen politischen Schlächtercumler in den letzten Jahren noch immer interessanten Diskussionsstoff geliefert.

Trotzdem gehen die meisten in der Meinung nach Oldenburg, eigentliche politische Sensationen werde es kaum geben. Auch dieser Parteitag dürfte keine Grundsatzdebatte zwischen den beiden Flügeln der Partei, zwischen Liberalen und Nationalisten bringen, wenn man einmal diese etwas vereinfachende Gegenüberstellung gelten lassen will. Die Partei hat sich offenbar mit ihrem Janus-Gesicht abgefunden, das sie als Ausdruck eines fruchtbaren Spannungszustandes interpretiert. Kernstück dieses Parteitages dürfte das Bomben sein, die während der letzten Krise zutage getreten und inzwischen mit Ach und Krach wieder verkleisterten Riese und Sprünge in der Partei nicht bei dieser Gelegenheit neu aufbrechen zu lassen.

Ein Blick auf die Ausgangspositionen für Oldenburg zeigt, dass im Mittelpunkt aller Erwägungen das Verhältnis zur Bundesregierung, präziser gesagt, zum Bundeskanzler und zur stärksten Regierungspartei steht. Dieses 5 : 1 von CDU zu FDP hat sich als immer unerträglicher erwiesen, zumal weder der Bundeskanzler noch seine Parteifreunde irgendwelche Hemmungen haben, davon rigoros Gebrauch zu machen. Das

hat ja schließlich auch zu den Explosionen während der Saardebatte geführt, deren Rauchschwaden sich freilich längst verzogen haben. Adenauer hat sich mit Dehler, wie es heißt freundschaftlich, ausgesprochen und in Fulda hat der Abgeordnete Becker, der sozusagen das Signal für die Saarrevolte gab, hinterher seine Attacke die erstaunliche Deutung gegeben, es sei doch gut, wenn auch innerhalb der Koalition "eine gewisse Opposition" vorhanden sei. Sie stärke die Position des Kanzlers (!) und ersetze das Fehlen einer positiven sozialdemokratischen Opposition. Nun weiß man wenigstens von ihm selbst, was er mit seinem Vorstoß bezweckte. Das offizielle Verhalten der FDP in der Frage der Mitunterzeichnung der Saarklage beim Bundesverfassungsgericht war nur eine weitere Bestätigung.

Die FDP geht nach Oldenburg in dem Bewußtsein, dass die Vorteile, die sie durch die Wahlen und die nachfolgenden Regierungsbeteiligungen in Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und Bayern erzielte, durch den Rückschlag in Hessen (wo sie die entscheidende Rolle zu spielen hoffte und nicht einmal in die Regierung kam) und die verheerende Niederlage in Berlin wieder kinfällig geworden sind. Es ist wahrscheinlich, dass der stärkste Landesverband - die Landesverbände sind in der FDP die Gremien mit den größten Gewicht - diesmal mit einem radikalen Flügel, gekennzeichnet durch die Namen Kiddelhaue, Döring, Zoglmann, Zahn, Aschenbach u.a., versuchen wird, noch mehr nach vorn zu stoßen. Schließlich hat ihm Dehler in erster Linie seinen Sieg über Blücher zu verdanken. (Pikanterweise waren das übrigens dieselben Leute, über die lange vorher zur Zeit der Naumann - Affäre, der damalige Justizminister Dehler geschrieben hatte: "Wir scheiden uns mit aller Schärfe von denen, die wieder einmal versuchen, unter Missbrauch der demokratischen Spielregeln die Demokratie zu Fall zu bringen.")

Unmittelbar darauf folgte übrigens in dem gleichen Artikel der FDP-Korrespondenz der Satz: "Die Parteitage der FDP werden in Ordnung bringen, was der Ordnung bedarf." Ob das auch für Oldenburg gilt? Eine der zahlreichsten Kontroversen innerhalb der FDP war die auf dem letzten Landesparteitag in Berlin zwischen dem Vorsitzenden Schwennicke und dem Berliner Bundestagsabgeordneten Dr. Reif. Dabei fiel das Wort Reifs, eines Tages werde der Adenauer-Mythos nicht mehr da sein, dann sei die Stunde des Liberalismus gekommen. - Solange die FDP selbst freilich, trotz aller männlichen Worte, den Mythos Adenauer nährt, wird sie vergeblich auf diese Stunde warten. Wünscht sie sie überhaupt? Einige aus ihren Kreisen wohl, die meisten sicher nicht.\* \* \*

Annahme "aus Resignation" ?

J.K., Paris

Viel es spricht für die Annahme, dass Frankreichs Rat der Republik, der somit, die Pariser Verträge gutheißen wird. Die Debatte, die am späten Freitagabend enden dürfte, ist sohearf, die Kritik an den Vertragsworten eindeutig, die vorherrschende Meinung gegen das gesamte Vertragewerk unverkennbar. Sollten die Senatoren dennoch zu einem Ja gelangen, so nur, wie es auch in den bürgerlichsten Blättern ausgedrückt wird, "aus Resignation". Sie ergeben sich in ihr Schicksal. Sie geben den Widerstand auf. Sie wollen damit auch für den Fall der Annahme die moralische Verantwortung für die Verträge ablehnen.

Zweifellos befand sich der Rat der Republik schon vor Beginn der dreitägigen Debatte in einer recht widersinnigen Situation. Denn der jetzige Außenminister, Antoine Pinay, der den Senatoren die Annahme der Verträge ans Herz legt, hat selbst seinerzeit in seiner Eigenschaft als Deputierter keinesfalls für sie gestimmt. Andere Mitglieder der jetzigen Regierung haben sich, als sie noch nicht Minister waren, in schärfsten Worten gegen dieselben Verträge gewandt, deren Annahme sie jetzt als dringend notwendig bezeichnen. Zwischen damals und heute aber, so erklären ihre Freunde diesen Wandel, liege die beinahe tragische Erkenntnis oder doch der Glaube, dass Washington und London auch ohne die Zustimmung Frankreichs handeln, d.h. Westdeutschland bewaffnen könnten. Mehr noch: wenn Paris die Verträge ablehnt und sich damit in eine internationale Isolierung hineinmanövriert, könne es geschehen, dass der Bundesrepublik noch mehr Divisionen zugebilligt werden, um den Ausfall der französischen Wehr zu machen.

Dieser Alpdruck ist auch eine Folge der Veröffentlichung der Jalta Dokumente und, in noch größerem Maße, eines Briefwechsels zwischen dem früheren Ministerpräsidenten Mendès-France und dem britischen Premier Sir Winston Churchill. Bekanntlich hat Churchill in seinem Brief an Mendès-France mit robuster Deutlichkeit erklärt, man werde auch ohne Frankreichs Zustimmung vorgehen und am Verhandlungstisch

24.5.1955

den Stuhl für Frankreich freihalten. Diese Drohung mit dem "leeren Stuhl" wird zwar von zahlreichen Politikern, darunter etlichen Senatoren, nicht tragisch genommen, ja sie gehen soweit, zu erklären, dass es immer noch besser sei, die Isolierung hinzunehmen, als Verträge gutzuheißen, die man für falsch, sogar für gefährlich hält. Und doch scheuen sich die meisten von ihnen, das Risiko der Isolierung auf sich zu nehmen.

Die außenpolitische Situation in Frankreich ist ohnehin voller Spannungen. In Nordafrika ist die Unruhe in solchem Maße gewachsen, dass selbst für Algerien, das kein Protektorat, sondern ein Teil Frankreichs ist, ein Ausnahmezustand erklärt werden soll, in Vietnam besteht die Gefahr, dass auch der Rest französischen Einflusses in naher Zukunft verloren geht. Unter solchen Umständen auch noch das Risiko auf sich zu nehmen, das sich aus einer Ablehnung der Pariser Verträge ergäbe, erscheint offenbar auch den kritischen Senatoren als zu gewagt. Darum beugen sie sich. Darum resignieren sie. Doch auch wenn sich, wie erwartet wird, eine Mehrheit für die Annahme der Verträge findet, wollen sie wenigstens die Gelegenheit benutzen, vor aller Welt zu sagen, was ihnen missfällt und warum sie die Verträge für gefährlich halten. Ihre ursprüngliche Hoffnung, die westdeutsche Rüstung solange aufschieben zu können, bis eine große West-Ost-Konferenz die Klärung der Situation ermöglicht oder die Unmöglichkeit einer Klärung bewiesen hat, ist durch deutliches Abwinken aus Washington und London zurichte gemacht worden. Auch ihr Wunsch nach tiefgreifender Kontrolle der deutschen Rüstung durch die Schaffung einer europäischen Rüstungsgemeinschaft wurde praktisch von Großbritannien, den Benelux-Staaten und der Bundesrepublik abgelehnt.

So bleibt ihnen nur die Wahl zwischen dem Risiko der Ablehnung der Verträge einerseits und der Zustimmung aus Resignation andererseits. Wenn sie also zu den Verträgen Ja sagen, so nicht aus Begeisterung, sondern voll innerer Vorbehalte.

\* \* \*

- 5 -

1922 - 1955

Zweimal derselbe Dr. Schäffer

sp - Ein Jahr vor dem Hitlerputsch in München, im November 1923, hatte es in Coburg schwere Ausschreitungen der Nationalsozialisten gegeben. Sie beherrschten für einige Stunden die Stadt, terrorisierten die Bevölkerung, griffen die politischen Gegner tödlich an und gaben jenes grausige Vorspiel zu der Tragödie, die zehn Jahre später für Deutschland und Europa begann. Die Sozialdemokraten brachten diese Vorfälle im bayerischen Landtag zur Sprache. Von einem Sprecher der damals herrschenden Bayerischen Volkspartei erhielten sie diese Antwort:

"Wir haben keinen Anlass, uns gegen diese Verbände zu wenden, wir haben keinen Anlass, ihnen mit Mißtrauen entgegenzutreten... Die Interpellation müßte eigentlich lauten: Was gedenkt die bayerische Staatsregierung zu tun, um die Bayerische Sozialdemokratie vor einem unangenehmen parteipolitischen Gegner zu bewahren? - Die Nationalsozialisten haben allerdings hierbei ihre körperliche Überlegenheit zu sehr ausgenützt und haben allerdings hierbei über die Abwehr hinaus von ihrer körperlichen Gewandtheit Gebrauch gemacht... Soll es unsere Aufgabe sein, dem Marxismus einen Gegner zu ersparen?"

Der Sprecher hieß - Dr. Fritz Schäffer, der spätere Vorsitzende der Bayerischen Volkspartei und jetzige Bundesfinanzminister. So hat damals ein führendes Mitglied der heutigen Bonner Regierung den Nationalsozialismus bekämpft. Verblindet vom Haß gegen die Sozialdemokratie, ließ er die Verderber Deutschlands gewähren, ja fand für sie noch entschuldigende Worte...

War dies eine einmalige Fehlleistung, der die Reue folgte? Mitnichten. Schäffer blieb bei seiner Verblendung, er blieb sich selbst treu. Als Hitler die Nacht in Deutschland erschlichen hatte, die ersten Judenverfolgungen sich abzeichneten und die Nacht über das deutsche Volk hereinbrach, hieß es u.a. in einem längeren Artikel der Bayerischen Volkspartei-Korrespondenz:

"Über allen steht der Bayerischen Volkspartei der große Gesichtspunkt, dass ein Scheitern der jetzigen Reichsregierung (der

Regierung Hitler) ein Unglück und eine Gefahr für das ganze deutsche Volk wäre."

Der Verfasser hieß - Dr. Schäffer...

So war es wiederum nicht verwunderlich, dass Herr Schäffer mit allen Abgeordneten der Bayerischen Volkspartei für das Ermächtigungsgesetz Hitlers stimmte, das der Braunauer erst die Tür zur unbeschränkten Machtausübung öffnete. Die Sozialdemokraten haben es nicht getan. Aber die Abneigung gegen sie war bei Schäffer eben stärker als eine vielleicht vorhandene bessere Einsicht. Ob jene Männer, die den Nationalsozialismus von Anfang an bekämpften oder jene Politiker, die ihm aus Haß gegen die Sozialdemokratie anfänglich ihr Wohlwollen schenkten, Recht behalten haben, ist inzwischen von der Geschichte entschieden.

Der Bundesfinanzminister, dem die Erinnerung an sein politisches Verhalten und an seine politische Kurzsichtigkeit recht peinlich sein mag, hat es sich selbst zu verdanken, wenn seine politischen Sündenfälle der Vergessenheit entrissen werden. Es hätte keine Veranlassung bestanden, auf diese unerfreulichen Dinge noch einmal zurückzukommen, wenn nicht Dr. Schäffer selbst den Anstoß gegeben hätte. Der gleiche Haß gegen die Sozialdemokratie, der ihn vor 33 Jahren zu wohlwollender Duldung des nationalsozialistischen Pöbels bewog, verführte ihn in Zusammenhang mit den Geschehnissen von 1945 zu diffamierenden Ausfällen gegen den derzeitigen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Bayerns. Nicht ohne seine tätige Mitwirkung entbrannte um die Persönlichkeit des bayerischen Ministerpräsidenten Höglner in diesen Wochen ein Dschungelkrieg, in dem es hart auf hart geht. Auf den Bundesfinanzminister, der sich in dieses Abenteuer stürzte, entfällt moralisch und politisch nicht gerade der bessere Teil. Das ergaben schon die ersten Runden. \* \* \*

"Sagen Sie, Herr Ollenbauer - !"

-rt.- Die westdeutsche Bevölkerung hat kein Interesse für Politik, weil "die da oben doch alles allein machen"? Wahlversammlungen und Protestkundgebungen sind kein brauchbarer Gegenbeweis, denn in Hoch-

zeiten parteipolitischer Auseinandersetzungen drängen sich die Zehntausende aus zeitbedingten Gründen in die Riesenöföle. Über der Regel an sehr konkreten und sehr überlegten Fragen, der in der Ruhrstadt Marl an irgendeinem gleichgültigen Wochentag dem Oppositionsführer zugerufen wurde, der ist ein stichhaltiger Gegenbeweis! Da steht der Mann, der für die Opposition spricht; und die Menschen, die ihn am späten Abend nach der harten Tagesarbeit gegenüber sitzen, wollen klare und deutliche Antworten auf Fragen haben, über die in der Arbeitspause, im Familienkreis und am Stimmisch debattiert wird.

"Herr Ollenbauer!": wie wird sich die SPD verhalten, wenn die Wehrgesetze im Bundestag angenommen werden? Wie ist das mit der Kriegsdienstverweigerung? Wie stellen Sie sich zum Volksentscheid? Halten Sie es für richtig, dass die Saarfrage nach der politischen Entscheidung jetzt vor das Karlsruher Gericht gebracht worden ist? Wie kann man die Regierung in ihre Schranken zurückweisen? Wie wollen Sie mit der Sowjetunion verhandeln? Wo steht die SPD heute?

#### Die Frager

Die Frager sind: Flüchtlinge, Arbeiter, Angestellte, junge Menschen im "wehrfähigen" Alter, CDU-Parteigänger, Sozialdemokraten. Und immer wieder gehen die Hände hoch: "Sagen Sie, Herr Ollenbauer!" Die sachlich-moderne Umgebung, in der das rege Diskussionsgespräch stattfindet, das Marler Bildungswerk "Insel", bestimmt die ruhige Sachlichkeit der Fragen, in deren Inhalt dennoch die ganze Unruhe, die ganze Ungewissheit unserer Lage deutlich genug zu erkennen ist.

Diese Probleme, für die die Fragen nur kleine Ausschnitte sind, bewegen die westdeutsche Bevölkerung zutiefst und sicher viel mehr, als sich manche Leute und manche Kreise in Bonn das vorstellen. Prozentzahlen in Meinungsfragen mögen als Tendenzfestlegung ausgezeichnet sein: das Luther-Prinzip, den Menschen aufs Maul zu schauen, bringt doch erst das Leben und das Blut in die Statistiken. Und die Gefahr der Entfremdung zwischen Volk und Regierung, zwischen Staatsbürger und Verwaltung, zwischen Wähler und Parlament, diese Gefahr ist leider keine blasse Theorie. Autoritäres Gehabe der Regierung und Hochmut der Bürokratie können, wuchern sie weiter so wild wie

bisher, zu einer verhängnisvollen Isolierung führen. Vielleicht denkt man in Bonn doch sehr ernst über die Frage des Harler Arbeiters nach: Wie kann man die Regierung in ihre Schranken zurückweisen?

Keiner Frage wird ausgewichen

Erich Ellenhauer weicht keiner Frage aus. Die "SPD-Position heute", der sozialdemokratische "Materialismus"?

"Viele Vorstellungen von Marx sind überholt: Aber die SPD wird mit dem ihr wesensmäßigen Idealismus weiter kämpfen, solange es noch Menschen gibt, die in sozialer und wirtschaftlicher Not leben müssen. Dieser sozialdemokratische, und wenn Sie wollen: "marxistische" Kampf und seine Erfolge für Freiheit und Würde der Menschen ist ein ungeheurerer Beitrag zur Kulturgeschichte der Menschheit."

Die SPD und die Wehrgesetze?

"Die Opposition wird der Bundesregierung hier in keiner Weise Hilfestellung leisten. Adenauer wird sich die Zweidrittelmehrheit anderswo suchen müssen. Die SPD steht aber nicht außerhalb der Verfassung: sie wird sich also mit solchen Gesetz gewordenen Faktoren ernsthaft auseinandersetzen."

Kriegsdienstverweigerung?

"Das Gesetz wird alle, die aus religiösen, ethischen und sittlichen Gründen gegen jede Art von kriegerischer Gewaltanwendung sind, vom Kriegsdienst befreien. Aber die Frage wird insgesamt noch sehr reiflich überlegt werden müssen."

Volksentscheid?

"Die Weimarer Erfahrungen sind ungünstig für die Demokratie. Die SPD ist der Ansicht, dass jetzt nicht der Zeitpunkt gegeben ist, dieses Problem aufzugreifen."

Verhandlungen mit dem Sowjets?

"Es liegen sowjetische Angebote vor: Der Westen muß in Verhandlungen eindeutig klären, was konkret hinter diesen Angeboten steckt. Natürlich ist der Erfolg nicht sicher. Aber schon eine Chance von nur 10 % muß genügen, um den ernsthaften Versuch zur friedlichen Lösung des deutschen Wiedervereinigungsproblems auf dem allein möglichen Verhandlungswege zu machen. Wer will die Verantwortung übernehmen, wenn dieser Verhandlungsweg versperrt sein sollte?"

Wer will diese Verantwortung wirklich auf sich nehmen?! Diese Frage steht - wie alle anderen, aber viel gewichtiger als sie - vor der Bevölkerung Westdeutschlands, die auch stellvertretend für die Bevölkerung der Sowjetzone mitentscheiden muß, denn wir im Westen können frei entscheiden. Die Menschen in Westdeutschland wollen aber wissen, was ist. Jede ernsthaft und verantwortungsbewußt gegebene Antwort ist daher ein Baustein für eine lebendige Demokratie.